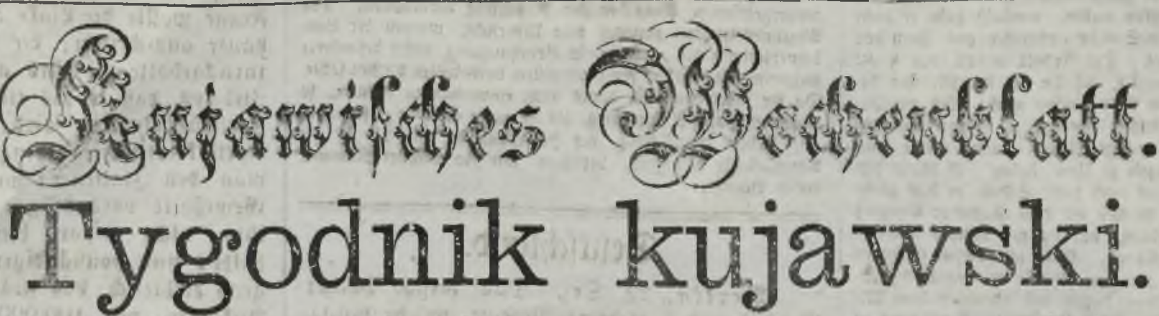
№ 84. Inowraclaw, Donnerstag, den 24. Dezember. 1863.
Inowrocław, Czwartek, dnia 24. Grudnia.

Erscheint Montags und Donnerstags. Vierteljährlicher Abonnementspreis für Hiesige 13 Sgr. f. Auswärt. 16 Sgr. Gratis werden den Abonnenten 25 Zeilen vierteljährlich aufgenommen. Insertionsgebühren für die dreigespalt. Petitzeile 1 Sgr.



Tygodnik kujawski.

Wychodzi co Poniedziałek i czwartek. Prenumerata kwartalna dla miejscowych 13 sg. dla zamiejsc. 16 sg. Bezpłatnie umieszcza się dla abonentów 25 wierszy. Za inseracya wiersza po trzykroć łamanego 1 sgr.

Zweiter Jahrgang (Verantwortlicher Redakteur: Hermann Engel in Inowraclaw.) Rok drugi.

Inserate nehmen an: die Herren Haasenstein u. Vogler in Hamburg-Altona u. Frankf. a. M., A. Retemeyer in Berlin, u. Illgen & Fort in Leipzig.

Berichtigung und Vervollständigung zur Waffenrechtsfrage.

In vor. Nr. d. Bl. wurden die „Beschränkungen des Waffenrechts" abgehandelt. Durch ein Versehen ist daraus ein sehr erhebliches Stück weggeblieben. Bei der Anführung der „sonstigen Gesetzesvorschriften" über diesen Punkt mußte noch einer dritten gedacht werden.

Es sagt nämlich § 97 des Strafgesetzbuches, als erster § unter dem Abschnitte „Vergehen wider die öffentliche Ordnung", folgendes: „Wer unbefugt bewaffnete Haufen bildet, oder Mannschaft, von der er weiß, daß sie ohne gesetzliche Befugniß gesammelt ist, mit Waffen oder Kriegsbedürfnissen versieht, wird mit Gefängniß bis zu zwei Jahren bestraft. — Wer an solchen bewaffneten Haufen Theil nimmt, hat Gefängniß bis zu einem Jahre verwirkt."

Zur Erläuterung dieses Paragraphen haben wir nur das Verhältniß desselben zu den Vorschriften des Vereins-Gesetzes zu prüfen. Ein „Haufen" oder eine „Mannschaft", Wörter, welche hier in Gemäßheit des Schlußsatzes als ganz gleichbedeutend aufzufassen sind, hat mit einem „Verein", wie ihn das Gesetz vom 11. März 1850 anerkannt, nur die Personen-Mehrheit überein.

Zu den wesentlichen Voraussetzungen eines legalen Vereins gehören aber noch: Statuten, eine darauf gegründete innere Organisation, Mitgliederverzeichniß, eine gewisse Ordnung in der Zeit der Zusammenkünfte und endlich das sehr wichtige Erforderniß, daß die Polizei in fortlaufender genauer Kenntniß von allen diesen Requisiten erhalten wird. Nur dann, wenn eine Personenmehrheit allen diesen Erfordernissen entspricht, ist sie ein legaler Verein, hat die Befugniß, Alles was dem Einzelnen, als solchen, nicht verboten ist, — und darunter gehört das Recht, Waffen zu tragen! — gesellschaftlich, assoziationsweise auszuüben, und besitzt dafür das Recht auf richterlichen Schutz, falls die Polizei sich verletzende Eingriffe erlauben sollte. Nur da wird also von einem „Haufen" im Sinne des Strafrechts die Rede sein können, wo eines oder mehrere von den aufgezählten Erfordernissen einer legalen Vereinigung fehlt.

Neuerdings sollen in Berlin polizeiliche Hemmungen der vereinsweisen Uebungen in den Waffen erfolgt sein. Die Polizei verlangt die Einholung besonderer Erlaubniß dazu, die sie voraussichtlich nicht ertheilen würde. Dieses Beginnen entbehrt eines jeden gesetzlichen Grundes, und die in Aussicht stehende richterliche Entscheidung wird hoffentlich das Vereinsrecht vor einer so tiefgreifenden Einschränkung schützen. Vermuthlich beruht diese polizeiliche Maßnahme auf einem Mißverständniß, der bereits am Ende unserer letzten Besprechung erwähnten „bewaffneten Sicherheitsvereine" (vergl. vor. Nr. d. Bl. am Schlusse). Diese Vereine nämlich, wenn sie irgendwo auf Antrag der Kommunen errichtet würden, hätten obergerichtliche Gewalt, und die Theilnahme daran würde durch Strafen gegen lässige Gemeindemitglieder erzwungen werden können. Etwas ganz Anderes sind aber freie Privatvereinigungen zum Zweck der gemeinsamen Waffenübungen. **L.**

Vom Landtage.

(Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 18. Dezember.) Auf der Tagesordnung steht die Interpellation des Abg. v. Hennig betreffend den Uebergang der Verwaltung im Kreise Strasburg von den Civil- an die Militär-Autoritäten, so daß faktisch der Kriegszustand dort erklärt ist. Der Minister Graf Eulenburg erklärt sich bereit, sogleich zu antworten, aber sagt dann nichts weiter, als daß ihm die Sache unbekannt sei und daß er zu spät Nachricht von der Interpellation erhalten habe, als daß er sich nähere Information über den Thatbestand aus dem Kreise habe verschaffen können. Er fügt dann noch hinzu, daß er die Sache untersuchen und abstellen werde, wenn er sie in der vom Abg. Hennig geschilderten Weise fände. Der Gegenstand wird verlassen und nachdem einige Wahlprüfungen vorgenommen sind, wird zum dritten Gegenstande der Tagesordnung, der Adresse übergegangen. Der Präsident theilt zuerst mit, daß der Referent v. Sybel plötzlich erkrankt sei und daß an dessen Stelle der Korreferent Virchow eintreten würde und der Abg. Löwe-Calbe, der Vorsitzende der Kommission ist, an der Stelle des Referenten die Mittheilungen über die Arbeiten der Kommission machen würde. Der Abg. Virchow entwickelt zuerst den Verlauf, den die Angelegenheit in ihrem neuesten Stadium genommen habe. Die Bedenken, welche die Haltung der Regierung einflöße, seien so groß, daß das Haus sich jetzt zu einem außerordentlichen Schritt entschließen müsse, um entweder diese Haltung zu ändern, oder doch die Verantwortung von sich abzuwälzen. Auffallend sei es immer schon gewesen, daß die Regierung in allen öffentlichen Erklärungen in dieser Sache immer nur von Holstein und nie von Schleswig oder von Schleswig-Holstein spreche, und doch sei der eigentliche Kampfpreis, um den es sich handle, Schleswig-Holstein habe politisch zum Deutschen Bunde immer gehört. Nachdem nun aber im Rechte der alten Erbfolge, Schleswig aufgehört habe denselben Herrscher mit Dänemark zu haben, so werde es durch seine untrennbare Verbindung mit Holstein, jetzt Deutschland gehören d. h. wenn Deutschland die Erbfolge des Londoner Protokolls, die widerrechtlich entstanden sei, nicht anerkenne. Er weist dann dieses Londoner Protokoll als einen Ausfluß der Olmützer Politik nach, wie es auch die Adresse ausspricht, und zeigt, wie Preußen jetzt noch in dieser Politik befangen sei, da auch die identische Note die Preußen mit Oesterreich verlassen habe, aus derselben Politik des Ministeriums in dieser Frage ein Akt der Selbsterniedrigung Preußens sei, und daß durch dieses Ministerium die Existenz unseres Staates über kurz und lang in Frage gestellt werden würde. Diese Gefahren seien um so ernster, als Preußen sich dadurch isolirt und vom übrigen Europa getrennt habe. Wenn die deutschen Großmächte deutsches Land und Recht einem kleinen Volke opfern, so werde das Volk diesen Verrath nicht vergessen, sondern werde mit blutigen Buchstaben im Herzen des Volks verzeichnet bleiben.

Der Minister-Präsident nimmt nach ihm das Wort und erklärt von vornherein, daß er dem Referenten auf das historisch politische Gebiet nicht folgen werde und zwar wie er zu verstehen zu geben sucht, weil weder der Referent noch das Haus etwas von dieser Sache verstanden. War diese Aeußerung auf eine Scene berechnet, die die ganze Verhandlung unterbrechen sollte, um auf diese Weise noch Zeit zu gewinnen, so hatte er sich verrechnet. Das Haus wollte heute sein Ziel erreichen und ließ sich nicht beirren. Er versichert dann, was die gegen ihn gerichteten Vorwürfe betrafe so seien sie so vielfältig, daß der eine den andern aufhobe. In der Sache selbst sage er nichts Neues, er suchte nur, daß dem Hause gar nichts verloren sei, und daß wenn die Anleihe nur bewilligt würde, immer noch jede Politik möglich sei, sogar die in der Adresse vorgezeichnete. Ein schnelles Vorgehen würde die größten Gefahren über Preußen bringen, denen Preußen überhaupt vielleicht nicht gewachsen, und auf die es jedenfalls jetzt noch nicht gerüstet sei, und um diese Rüstungen zu vollenden müsse man Zeit gewinnen. Löwe-Calbe giebt zuerst Mittheilungen über die Prüfung die die Kommission über den finanziellen Theil angestellt habe. Sie habe denselben nicht zum Abschluß gebracht, weil sie wegen des politischen Theils eine Adresse für nothwendig gefunden habe. Der Minister-Präsident habe zur Behandlung der Forderung auf die Bundespflicht hingewiesen; der Bund habe aber noch gar keine Anforderungen gemacht. Die Regierung verlange vielmehr das Geld als eine Art Vertrauensvotum. Von einem solchen Vertrauen sei allerdings in der Kommission keine Rede gewesen. Die geforderte Summe sei überdies grade doppelt so groß wie sie in früheren Jahren zu demselben Zwecke verlangt sei.

Die Aeußerungen des Herrn Ministerpräsidenten aber über die politische Seite der Forderung hatten auf die Kommission denselben Eindruck gemacht, wie dessen Erklärungen heute auf das Haus. Temporisiren, freie Hand lassen, Zeit gewinnen, das sei der Kern seiner Auslassungen. Der Redner fragt dann den Minister, wo er seine Studien als günstiger Diplomat gemacht habe, da er den ungünstigen alles Verständniß für Politik abspreche, ob vielleicht als antiparlamentarischer Minister, als parlamentarischer gewiß nicht! — Er fragt dann den Minister, wie er Vertrauen erlangen könne für eine Politik, die immerwährend gewechselt habe, die mit Blut und Eisen angefangen, die kleinen Staaten in Oesterreichs Arme getrieben und endlich Oesterreich erklärt habe, es habe Nichts in Deutschland zu thun, es könne seinen Schwerpunkt nach Ofen und Pest verlegen. Man habe damals geglaubt, Frankreich sei die Stütze dieser Politik, allein dann sei man durch die Bekämpfung der polnischen Insurrection wieder mit Frankreich in Conflikt gerathen. In der deutschen Frage aber habe er die Rolle des Weisen gespielt und geschwiegen. Der Minister glaube handeln zu können wie er wolle, er irre sich aber darin. Jeder Mensch hinge von seinem Rufe ab und der des Ministerpräsidenten würde die deutschen Staaten verhindern, mit diesem Ministerium zu gehen; auch uns kann der König zwar ein Ministerium, aber nicht das Vertrauen zu ihm geben. Der Redner erklärt, daß er sich sehr wundern müsse, daß trotz der Armeereorganisation man so ungeheure Rüstungen einem so kleinen Staat, wie Dänemark, gegenüber nöthig habe, auch die Landwehr werde nicht geschont, sondern einberufen, wie wir aus offiziellem Munde gehört haben. Die europäische Lage sei zur Regelung der Schleswig-Holstein'schen Sache so günstig, wie früher nie, da die Macht

zu deren Vortheil allein das Londoner Protokoll geschlossen sei, Rußland, vollauf in Polen beschäftigt sei. Wenn der Minister dennoch temporisiren wollte, weshalb habe er nicht die Schleswig-Holstein'schen Stände einberufen und ihnen den Londoner Traktat vorgelegt. Der Redner verliest den § 32 — 36 der Wiener Schlußakte, auf die sich der Minister beruft, und meint, an diesem Paragraphen müsse selbst die Interpretationskunst des Ministers scheitern. — Wenn übrigens diese Politik so nur noch wenige Wochen daure, werde man es mit einem fait accompli zu thun haben. Geschehe jetzt Nichts, so werde die Nation auch diese Schuld in das große Rechnungsbuch eintragen, welches seit dem Rastatter Congreß angelegt sei. Die letzte Hülfe, auf die wir rechnen könnten, sei das Selbstgefühl der Nation. Aus all diesen Gründen habe sich die Kommission für eine Adresse an den König geeinigt. Man sei weit entfernt davon auf Umwegen dem Ministerium Bismarck die Mittel des Landes zur Verfügung zu stellen. Das Haus müsse aber aussprechen, daß ihm das Vaterland höher stehe, als der Triumph irgend einer Parteipolitik. (Stürmisches anhaltendes Bravo.) Der Präsident macht dann die Anzeige, daß der Graf Bethusy-Huc den Antrag eingebracht, erst das Geld zu bewilligen und dann die Adresse zu debattiren. Der Antrag wird nicht unterstützt. Abg. Waldeck wahrt den Standpunkt derjenigen, welche gegen die Adresse stimmen. Der Abg. v. Unruh für die Adresse: Man müsse jetzt seine Stimmen erheben, da es den Eindruck macht, als ob der Ministerpräsident nicht mehr so sicher stehe, wie früher. Es sei eine Pflicht Preußens, Schleswig-Holstein für Deutschland zu erhalten. Der absolute Staat Friedrichs des Gr. würde das gethan haben. Wenn Oesterreich in Preußens Lage wäre, würde es sich sicher nicht die Gelegenheit dazu entgehen lassen. Man würde keinen Widerstand von Seiten Englands und Frankreichs finden. Die Wiederherstellung der heiligen Allianz scheine das Ziel der Politik des Ministeriums zu sein, sonst sei sie unverständlich. Zum Schluß bemerkt der Redner, daß Revolutionen nicht durch einzelne Verführer gemacht würden, sondern daß die Unzufriedenheit aller Stände mit der Regierung, wie sie z. B. jetzt bestände, Revolutionen erzeuge. Der Kriegsminister will dem Vorredner auf das Gebiet der Revolution nicht folgen. Er bestreitet nur, daß die Ehre der preußischen Armee irgendwo verpfändet sei, oder auch nur sein könne, da seiner Ansicht nach der preußische Offizier nur eine Ehre besitzt und das ist die dem Willen Sr. Majestät zu gehorchen. Der Schluß der General-Debatte wird vom Hause angenommen. Der Referent Abg. Virchow verwahrt das Haus dagegen, daß die Adresse eine bloße Schemadresse sei. Es folgen noch einige persönliche Bemerkungen, darauf wird die Adresse mit 207 Stimmen gegen 107 angenommen.

(Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 19. Dezember.) Der Präsident theilt mit, daß die Kommission für die Gefängnisse gebildet und der Ministerpräsident auf das Schreiben, welches in Betreff der Adreßdeputation an ihn gerichtet, geantwortet, daß er bei Sr. Majestät angefragt habe und Nachricht geben werde, sobald die Antwort erfolgt sei. Die Gesetzvorlage betreffend die Aktien-Gesellschaften und die Verordnung betreffend die Abänderung des Zollvereinstarifs werden ohne Diskussion angenommen. Ueber die oktroyrte Verordnung wegen Verhütung des Zusammenstoßes der Schiffe auf See, entspinnt sich eine kurze Debatte, nach welcher zwar der Hauptinhalt des betreffenden Gesetzes genehmigt, aber diejenige Bestimmung abgelehnt wird, wonach erforderliche Abänderungen dem allerhöchsten Ermessen überlassen bleiben sollen. Endlich werden die Etats für die Münze, für verschiedene Einnahmen bei der allgemeinen Kassenverwaltung und für das Kriegsministerium genehmigt. Der letztere Etat jedoch mit einer sehr wichtigen Beschränkung. Es war in demselben der erhebliche Posten von 300,000 Thlr. zu unvorhergesehenen Ausgaben der Regierung vorbehalten. Das Abgeordnetenhaus verlangt eine Uebersicht, wonach der Landesvertretung die nachträgliche Genehmigung unter besonderer Verantwortlichkeit des Finanzministers vorbehalten bleiben sollte. Da die Regierung sich damit nicht einverstanden erklärte, so blieb dem Hause Nichts übrig, als die ganze Summe zu streichen.

Ueber die Sitzung des Herrenhauses vom 21. d. die Adreßdebatte betreffend, berichten wir in nächster Nummer dieses Blattes.

Deutschland.

Berlin, 22. Dez. Das hiesige Polizei-Präsidium hat mehrere Vereine, welche militärische Exercitien trieben, geschlossen mit der Eröffnung, daß solche Uebungen der besonderen polizeilichen Erlaubniß bedürfen. Die damit angeregte Frage dürfte jedenfalls zu einer richterlichen Entscheidung kommen. (vergl. Leitart.)

— Unterm 16. December ist der Befehl zur **Armirung** der Festung **Colberg** ergangen.

— Wie verlautet, wird die für Preußen unterdrückte Gartenlaube **hier** unter dem Titel „der Volksgarten" herausgegeben werden.

— Wie man berichtet, habe selbst der älteste Bruder des Königs Christian IX., der Herzog Carl von Glücksburg, der im Schleswig'schen Gutsbesitzer ist, den ihm als solchen auferlegten Huldigungseid abzulegen **verweigert**.

— Uebereinstimmend wird von verschiedenen, dem Herrenhause nahe stehende Personen versichert, daß nach Ablehnung der Anleihe von zwölf Millionen Thaler seitens des Hauses der Abgeordneten, eine Kronanleihe von gleichem Betrage abgeschlossen werden würde. Die Vermittelung der gedachten Anleihe sollen nahmhafte Herrenhausmitglieder sich erboten haben zu übernehmen.

Hamburg, 22. Dez. Die Zusammenkunft der holsteinischen Ständeabgeordneten ist in Altona polizeilich inhibirt worden, die Verhandlung tagt nunmehr hier. — „Fädrelandet" erklärt, daß die Pression Englands und Rußlands begonnen habe; Schweden hat sich nicht angeschlossen. General Fleury hat auf seine Anfrage in Paris wegen des Anschlusses Ordre bekommen, sofort abzureisen.

Italien.

Turin. Wir haben schon öfters bemerklich gemacht, wie stark die Italiener auf einen Krieg für's nächste Frühjahr spekuliren. Diese Aussicht allein hat bis jetzt die äußersten Parteien abgehalten, gegen die Regierung noch entschiedener als bisher aufzutreten. Nach dem Sieg des Ministeriums in der italienischen Frage wollte die Linke aus dem Abgeordnetenhause ausscheiden; die Kriegshoffnung hat sie zurückgehalten. Alles arbeitet so auf dieses Ziel los, daß es als eine wahre Niederlage für Italien betrachtet wird, wenn der März oder April keinen Krieg bringen sollte. Somit kann man den Italienern mit beinahe vollständiger Gewißheit voraussagen, daß diese Niederlage ihnen nicht erspart bleiben wird, trotz Garibaldi's nun vollständiger Heilung. Es ist übrigens erklärlich, daß gegenüber den Rüstungen, Ankäufen von 100,000 Gewehren (Garibaldi verlangte bekanntlich eine Million) und kriegerischen Aufrufen, auch die österreichische Regierung sich auf jeden Fall vorbereitet, ihre Festungen verproviantirt und, wie man behauptet, Verstärkungen nach Italien schickt.

Frankreich.

Paris, 22. December. Nach dem heutigen „Moniteur" lautet die von dem Kaiser bei der Entgegennahme der Senats-Adresse gehaltene Ansprache: Ich begrüße den Senat mit Vergnügen wie mit Vertrauen. Ich wünsche im Innern wie nach Außen hin die Beruhigung der Leidenschaften, die Eintracht. Meine Aufforderung ist in einem Monat erfolgt, wo die großen Fragen, welche die Regierungen und die Völker trennen, friedlich gelöst werden können. Napoleon I. hat gesagt: „Wenn man sich in Europa schlägt, so ist das Bürgerkrieg." Dieser große Gedanke, ehemals eine Utopie, kann morgen zur Wirklichkeit werden. Für jeden Fall bringt es aber Ehre, ein großes Prinzip aufzustellen, das das Verschwinden von Vorurtheilen eines anderen Zeitalters bezweckt. Vereinigen wir unsere Anstrengungen für diesen edlen Zweck, beschäftigen wir uns allein mit den Hindernissen, diese zu besiegen.

Großbritannien.

London, 21. Dez. Mit dem Dampfer „City of Newyork" sind Nachrichten aus Newyork vom 11. d. in Cork eingetroffen. Die Botschaft des Präsidenten der Südstaaten, **Davis**, lautet entmuthigend; sie erklärt, daß die Europäischen Staaten dem Süden ungünstig geworden, und daß England für die Unionisten Partei nehme.

Sprawa, którą się zajmowała Izba na powiedzeniu, dnia 12. b. m. tyczy się zamkniętego w Trzemesznie gimnazyum.

Posłowie polscy Kantak, ksiądz Janiszewski i towarzysze, przedłożyli byli Izbie wniosek względem otwarcia tegoż naukowego zakładu. Izba przekazała sprawę komisyi oświecenia. Sprawozdawcą tej komisyi, która wnosi na otwarcie gimnazyum, jest poseł Möller.

Poseł John z Kwidzyna nie przyznaje słuszności oświadczeniu rządowemu, jakoby jeszcze zachodził wątpliwości, czy prowizoryczne zamknięcie gimnazyum ciągle trwać będzie, gdyż z wydaleniem niebezpiecznych uczniów, usunięto wszelki powód do dalszego zamknięcia zakładu. Jeżeli rząd zarządzone zamknięcie tłómaczy nieprzyjaznemi zewnętrznemi stosunkami, to mówca odpiera motywa te uwagą, że stosunki te były już w r. 1839, w którym utworzono gimnazyum w mowie będące, a od owego czasu nie tylko, że się nie pogorszyły, lecz przeciwnie stały się lepszymi. Jeżeli rządowi chodzi o podniesienie moralnego stanu mieszkańców, to właśnie nie godzi się odejmować mu środka do tego najstósowniejszego, jakim jest wyższy zakład naukowy. Dla tego mówca prosi Izby, aby głosowała za wnioskiem komisyi.

Minister oświecenia Mühler powtarza główne motywa, które w komisyi przytaczał komisarz rządowy na usprawiedliwienie zamknięcia zakładu, a potem oświadcza, że tu nie chodzi o czas otwarcia zakładu, lecz w ogólności o jego byt i o zastąpienie go innym zakładem. Rząd stara się i dla polskich mieszkańców o błogie skutki, jakie wydaje porządnie udzielana nauka, ale jeśli gdzie przeważają szkodliwe wpływy, to zachodzi pytanie, czy nie lepiej w interesie państwa i samej młodzieży zmienić miejsce dla łatwiejszego dopięcia celu. Minister wnosi więc, aby Izba przeszła do porządku dziennego.

Poczem zbiera głos poseł Kantak jako wnioskodawca. Mówca najpierw ubolewa nad tem, że sprawa, którą uważa za bardzo ważną, tak późno przychodzi na porządek dzienny. Izba jest zmęczoną, dla tego przyjdzie mu pominąć wiele znajmujących rzeczy. Pomimo to widzi się zmuszonym zamówić sobie na niejaki czas uwagę Izby. Mówca krytykuje następnie postępowanie rządu. Rząd bowiem musiał uznać, że na nauczycielach zakładu nie ciężył żaden zarzut. Ze strony obywateli złożono po kilkakroć niestety bezskuteczne podania do władz o otwarcie zakładu; ten sam skutek miała i petycya wręczona następcy tronu, kiedy 26. czerwca przejeżdżał przez toż miasto. Część mieszkańców miasta żyje z utrzymywania uczniów, wiele rodzin tylko dla wychowania dzieci zjechało do miasta. Przez zamknięcie gimnazyum zubożeje miasto, wartość gruntu staje się niższą, a mimo to przy oznaczeniu podatków domowych postąpiono sobie tak jak gdyby istniało gimnazyum. Nawet rodzice zamożni nie mogli umieścić swych dzieci po innych gimnazyach, bo niema tam miejsca. Rząd jeszcze w 1852 uznał potrzebę urządzenia nowych zakładów naukowych polskich, a mimo to nic nie zrobił dla zaspokojenia tej potrzeby. Co do **uczniów** to ci, którzy zbłądzili, zamknięciem szkoły zostali ukarani: lecz zacóż mają być karani niewinni? zacóż ponosi karę całe miasto? Dla 307, nawet według obrachunku rządowego pozostałych, można było śmiało zostawić gimnazyum; do tego fakt podany przez rząd, że 40 uczniów poszło do powstania, nie został nawet stwierdzonym, a więc nie było słusznego powodu zamykania gimnazyum; gdyż dopiero po jego zamknięciu młodzi mieliby czas do próżnowania a tem samem prędzej poszliby do powstania (słuchajcie, słuchajcie). Starano się usilnie przedstawić czysto-naukowe stowarzyszenie jako płaszczyk dla politycznych zamiarów i w tym celu przywiązywał centralny rząd zbyt wielkie znaczenie do doniesień policyjnych o tym „tajnym związku." Takie samo uprzedzenie rozszerzyło się wkrótce względem wszystkich stowarzyszeń w Poznaniu; lecz przyczyny nie podano, właśnie dla tego, że było tajny związek". W aktach śledczych wyraźnie powiedziano: „Dalsze wykroczenia nie zaszły ze strony tajnego związku"; ale ponieważ w Trzemesznie coś podobnego wyjątkowym sposobem zaszło, złożono to tendencyjnie na karb tajnego związku w ogóle. Przyczyna podana przez rząd, że brak jest dobrych nie-

Zum polnischen Aufstande.

Petersburg. Der „Invalide" veröffentlicht einen kaiserlichen Befehl, demzufolge auf Kriegsfuß sofort komplettirt werden sollen, sowohl an Gemeinen wie Pferden die Regimenter der Gardekavallerie und die Regimenter 1., 2., 3. und 4. Kavalleriedivision. Die Regimenter der 5., 6. und 7. Kavalleriedivision bleiben auf dem bisherigen Fuß, erhalten aber eine Verstärkung von 32 Mann und eben so viel Pferde per Regiment. Auf Kriegsfuß kommen, demnach von der Gardekavallerie 12 und von den sieben übrigen Kavalleriedivisionen 28, zusammen 40 Regimenter Reiterei. Der Befehl ist vom 4. d. M. datirt.

Kalisch. Der Aufstand, welcher allem Anscheine nach in unserer Wojewodschaft gedämpft zu sein schien, hat wieder seit einigen Tagen große Dimensionen angenommen. Namentlich an der koniner Gegend sollen mehrere Tausend Mann polnische Kavallerie und Infanterie koncentrirt sein. Fast die ganze hiesige Garnison, bestehend in Infanterie, Husaren, reitende Artillerie und mehreren Sotnien Kosaken, rückte in Eilmärschen nach jener Gegend aus.

Lokales und Provinzielles.

Inowraclaw. [Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung vom 22. d.] 1. Für die Reinigung des Marktplatzes und für die Abfuhr des Düngers sind die Kosten mit 30 Rt. bewilligt. — 2. Die Wahl der Mitglieder zur Baudeputation ist ausgesetzt. — 3. Die Vers. war mit der Herberufung des berühmten Quellenfinders Abbé Richard einverstanden und bewilligt die Kosten. — 4. Die Remuneration der christlichen Religionslehrer am Gymnasium sind mit 120 Rt. genehmigt. — 5. Das vorgelegte Unterstützungsgesuch eines Lehrers ist nach der Beantwortung des Magistrats erledigt worden. — 6. Am Zunck'schen Garten soll eine neue Straßenlaterne aufgestellt werden.

Von der Grenze. In der Nacht vom 19. zum 20. d. drang eine mit Knitteln und Terzerolen bewaffnete Schaar von 15 Mann in das unweit des Dorfes Papros belegene Kruggrundstück Cagzecka (?) ein. Von der Front- und Hinterseite beschossen sie das Haus, erbrachen dasselbe, mißhandelten den alten, im tiefen Schlafe liegenden hier allgemein bekannten und ehrenwerthen Wirth Nawrocki, dessen Frau und deren Schwiegersohn. Nach Aussage des N. raubten diese frechen Gäste, mit Zurücklassung des polnischen Geldes, 1400 Thlr. in klingend preußischer Münze, außerdem auch die vorräthigen Liqueure, sowie andere Gegenstände, womit sie das Weite suchten und ihren Weg über die Bachorze nach dem Lakociner Walde einschlugen. Auf diese Spur folgte ihnen ein berittener Grenzbeamter, — dem ein Feldposten von diesem Mittheilung machte, — jedoch ohne Erfolg. Die Räuber — denn anders kann man die Eindringenden nicht bezeichnen — stießen unterwegs auf eine Militärpatrouille, wurden von derselben durch Schüsse angegriffen, gegen die sie sich nicht vertheidigten. Derartige Ereignisse stehen in letzter Zeit in hiesiger Gegend nicht vereinzelt (vergl. vor. No. d. Bl.) und werden solche Kontributionen wohl fälschlich als Beisteuer für Polen bezeichnet. Unsere Bauern fangen nun an, sich ernst zu bewaffnen, um solchen Banden die Spitze bieten zu können.

B.

Thorn. Die Handelskammer hat auf ihr Gesuch betreffs der Einfuhr transitirenden Getreides auf der Bromberg-Warschauer Eisenbahn an die kgl. Direktion der Ostbahn von dieser einen sehr dankenswerthen Bescheid erhalten. Die kgl. Behörde ist der Ansicht, daß nach der vom Herrn Provinzial-Steuer-Director zu Danzig gewährten Erleichterung für besagte Einfuhr die Einlegung eines besonderen Zuges nicht erforderlich sei. Der Bescheid schließt folgendermaßen: „Schließlich bemerken wir, daß wir die Kosten der Beamtenbegleitung und die nächtliche Bewachung (vergl. d. Nam.) der eine größere Anzahl offener polnischer Wagen führenden Züge auf diesseitige Fonds übernehmen.

— Aus dem Kriminalgefängnisse (Stockthurm) des kgl. Kreisgerichts ist in der Nacht vom 20. zum 21. d. der vom Schwurgerichtshofe am 4. Juli er. wegen Kindesmordes zum Tode verurtheilte ehemalige katholische Pfarrer **Ossowiecki** entsprungen. Anzeichen sollen darauf hindeuten, daß er bei seiner Flucht von Außerhalb unterstützt worden sei.

Culm. 20. Dez. Wie seit einiger Zeit durch dieses Blatt mitgetheilt, ist das hier erscheinende poln. Blatt „Nadwislanin" in Folge der oktroyirten Verordnung v. 1. Juni c. nach zweimaliger erfolgloser Verwarnung unterdrückt worden. Nachdem die Verordnung im Abgeordnetenhause gefallen, erscheint das Blatt wiederum. Der Herausgeber desselben, Hr. **Danielewski**, verlangt nunmehr für die ihm durch die Unterdrückung erwachsenen Nachtheile Schadloshaltung, welche er event. im Wege des Prozesses geltend machen will. Demzufolge hat er gestern durch seinen dazu erwählten Mandatar an die derzeitigen Herren Minister — welche die Verordnung unterzeichnet haben — die Aufforderung ergehen lassen, sich binnen einer bestimmten Frist zu erklären, ob sie die Entschädigung gütlich leisten, oder es dieserhalb auf einen Prozeß ankommen lassen wollen.

Graudenz. Mittwoch früh erhielt ein hiesiger Kaufmann einen sehr unerwünschten Besuch. Der Hausknecht desselben war eben Morgens nach 5 Uhr durch eine Seitenthür nach Wasser gegangen, als durch die somit geöffnete Thüre zwei Kerle ins Haus und in das Schlafzimmer des Besitzers drangen. Einer derselben der eine Maske trug, fiel über den noch im Bette Liegenden her, versuchte ihn unter die Kissen zu bringen und ihm den Mund zuzustopfen, wahrscheinlich um seinem Begleiter freie Hand zum Stehlen zu geben. Während des Ringens gelang es aber dem Ueberfallenen, den Klingelzug über seinem Bette zu ergreifen, und als nach herzhaftem Zug die Glocke laut erschallte, zogen die beiden Strolche es vor, eiligst das Feld zu räumen. Leider hat man keine Spur, die auf die Person der Verbrecher führen konnte.

Elbing. Am vorigen Mittwoch beehrte Herr Wantrup unsere Stadt mit seinem Besuch, um in der sogenannten Bundeshalle vor seinen Verehrern einen Vortrag zu halten. Den Inhalt desselben bildeten die bekannten Verdächtigungen der Fortschrittspartei und der Majorität des Abgeordnetenhauses, die — wie in den „Elbinger Anzeigen" zu lesen — „ihre schroffe doch haltlose Opposition nur darauf gerichtet habe, die Macht der Krone zu schwächen, ja zu vernichten, um sich selbst in Besitz derselben zu bringen". Wir wollen annehmen, daß Herr Wantrup nicht gegen besseres Wissen gesprochen hat und wirklich von der Wahrheit dieser Behauptung überzeugt ist; wenn dies aber der Fall ist, so beweist er, daß seine politische Einsicht eine sehr geringe ist, und er in der Ver-

---

szkań. dałaby się była bez trudności usunąć: prośby jednak arcybiskupa o oddanie niektórych zabudowań klasztornych na mieszkania dla uczniów gimnazyalnych, nie były uwzględnione, tak samo jak jego prośba o dalsze udzielanie nauki przynajmniej 12 alumnom, na co trzebaby było użyć stosownie do statutów corocznie 2718 talarów jako procent od fundacyi Kosmowskiego. Podaną dalszą przyczynę, jakoby na wychowańców tamtejszego zakładu zaznajomienie z gospodyniami, u których mieszkają, szkodliwie wpływało, nie może mówca uważać za szczerze pomyślaną, ponieważ tacy wychowańcy, oddani w opiekę złym gospodarzom płci męskiéj, zawsze znają sposobność zawierania różnych stosunków w mieście. Nakoniec nie może on przemilczeć o pogłosce, która obiega w obwodzie Mogilnieńskim téj treści, że dano poznać mieszkańcom Trzemeszna, iż gimnazyum mogłoby im być wrócone, gdyby się zechcieli przyłączyć do petycyi mającej na celu zaprowadzenie języka niemieckiego jako wykładowego, (słuchajcie, słuchajcie). Ułożono petycyą o otwarcie na nowo gimnazyum, deputacyi która przyjechała z tą petycyą, miano tu w Berlinie przedstawić, czyby nie chciała mieć jako indemnizacyą za gimnazyum nieco więcéj wojska lub urząd ziemiański (śmiech). Słowa wyrzeczone dawniéj z ławy ministeryalnéj, *że rząd wystrzegać się będzie urządzenia nowych polskich zakładów*, stały się prawdą; tylko dwa zakłady naukowe urządzone zostały w ostatnich latach w obrębie rządowem Bydgoskim a mianowicie dwa *niemieckie;* teraz chce rząd Polakom odebrać ich gimnazyum w Trzemesznie. Mówca kończy uwagę, że ma jeszcze znaczny zasób materyału przyczem wśród powszechnego śmiechu pokazuje kilka plik papierów) z którego jednak po szczegółowem sprowadzeniu komisyi i dla spóźnionéj pory nie chce korzystać, zamyka zaś rzecz gorącem poleceniem wniosku w komisyi jednogłośnie uchwalonego. Przecież i uczniowie gimnazyalni mają konstytucyjne prawo do tego, aby im nie odbierano nauki i sposobności do wykształcenia (oklaski.)

Komisarz rządowy Delacroix odczytuję rotę przysięgi, którą wykonywać mieli nowi członkowie wchodząc do tajnego stowarzyszenia, znajduje się w niej ustęp tej treści, że wstępujący wszelkich swych sił użyje do wyswobodzenia ujarzmionej ojczyzny, a jeśliby tej przysięgi nie dotrzymał, to niech spadną nań wszystkie kary, na które zasługują ludzi bez czci i wiary.

Na to zbiera głos poseł Kantak i oświadcza, że chociaż bardzo ulegał na komisarza rządowego, przecież rzeczony komisarz odmówił w komisyi udzielenia tej roty przysięgi. Teraz dopiero ciska rzecz nową w rozprawę. W komisyi była sposobność rozpoznania rzeczy, rozpoznania od kogo pochodzi przytoczona rota, kto ją udzielił rządowi, w jakim znajduje się protokule, czy może także w takim, którego landrat nie chciał podpisać. (Słuchajcie!) Przytoczone uwagi wystarczą na wyjaśnienie tej nowacyi.

W końcu zabiera jeszcze głos referent komisyi poseł Dr. Moller oświadczając, że komisya trzymała się ściśle na stanowisku komisyi fachowej t. j. komisyi oświecenia. Tym sposobem przyszła do przekonania, że zamknięcie gimnazyum w Trzemesznie naruszyłoby interes znacznej części mieszkańców pod względem nauki publicznej, tudzież że stosunki nie wymagają zamknięcia tego zakładu. Referent powtarza motywa, któremi komisya popierała swój wniosek. Robi on uwagę, że chodzi tu o młodzież, której przecież nie można posądzać o przedsięwzięcia zagrażające bezpieczeństwu państwa. Rzeczy nie należy nadawać większego znaczenia niż dawniejszym śledztwom wymierzonym przeciw demagogicznym ruchom (bardzo słusznie.) Co do nowego faktu, z którym rząd teraz wystąpił, t. j. co do wspomnianej roty przysięgi, której wnioskodawca zaprzeczył autentyczności, referent robi uwagę, że gdyby nawet była prawdziwą, to nie jest to jeszcze wielkiem nieszczęściem, jeśli kilku uczniów w Poznaniu należałoby do tajnego stowarzyszenia; rząd przecież potrzebuje tylko wyznaczyć ściśły nadzór nad zakładem a obejdzie się bez zamykania zakładu, naczem cierpią niewinni (bardzo słusznie). Niedogodności w gimnazyum w mowie będącem dadzą się usunąć bez takiego ostatecznego środka.

Izba znaczną większością przyjmuje wniosek komisyi.

urtheilung des jetzigen parlamentarischen Kampfes einen sehr niedrigen Standpunkt einnimmt, da er sonst wissen müßte daß gerade die Fortschrittspartei ein starkes d. h. verfassungsmäßiges Königthum will. Herr Wanrup mag ein sehr guter Schulrath sein, aber ein guter Politiker ist er gewiß nicht; wie muß es in den Köpfen derjenigen Leute aussehen, die ihn als ihren Vertreter in die Kammer wählen!

— In der Versammlung der Wahlmänner am Sonnabend den 19. d. erhielt der Gutsbesitzer Herr Reiselmann in Fürstenau überwiegend die meisten Stimmen, und wird derselbe als Candidat unsrer Partei bei der bevorstehenden Abgeordnetenwahl in Marienburg aufgestellt werden. N. E. A.

Anzeigen.

Druck und Verlag von Hermann Engel in Inowraclaw.
Drukiem i nakładem Hermanna Engel w Inowrocławiu.